Einzelnummer 50 Pfennig

Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. Bezugspreis: Jährlich 50 M., halbjährl. 25 M., vierteljährl. 12.50 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 50 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag bis Freitag 11—12 Uhr vormittags.

Anzeigenpreis: die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen 1.— Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 64 | München, Donnerstag, den 15. Heuert (Juli) 1920 | 34. Jahrgang

Judas große Zeit.

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Judas, der Würger.

Noch immer gibt es Leute, die von Gefühlsduselei und Christentum triefen und nicht genug die lieben Juden in Schutz nehmen können. So behauptete kürzlich die „Germania", der Antisemitismus verstoße nicht bloß gegen die Nächstenliebe, sondern sei auch eine politische Gefahr. All den Leuten, die so denken und die sich noch nie die Mühe genommen haben, sich ernstlich mit der Judenfrage zu beschäftigen, sei ein Dokument satanisch-semitischer Rachgier vor Augen gehalten, aus dem deutlich die Pläne Israels hervorgehen. Aus diesem Dokument geht aber auch hervor, daß es ein ganz verzweifelter Notwehrkampf zur Selbsterhaltung ist, den unser Volk durchzukämpfen hat, und daß es ein ganz unverantwortliches Unterfangen gewisser Kreise ist, in diesem letzten Kampf um Sein oder Nichtsein von Versöhnung und Nächstenliebe zu sprechen.

Das Zentralorgan der roten Räte Wiens, der „Arbeiterrat", herausgegeben vom Juden Dr. Emil Maurer, schreibt in seiner Nr. 29 über die jüdische Racheblockade gegen Ungarn folgendes: „Der Boykott gegen Ungarn ist mit außerordentlicher Entschlossenheit zusammengeschmiedet worden, und immer dichter wird die Abschließung. Es ist ein Weltgericht, das sich an Ungarn vollzieht. Dieses Gericht muß ein gerechtes Gericht sein, ein strenges Gericht! Während die Grenze gegen Ungarn gesperrt ist, zieht gegen das reaktionäre Polen das Ungewitter des Bolschewismus mit elementarer Gewalt immer näher und näher heran. Die ganze Reaktion in Europa zittert vor den Folgen der russischen Siege gegen Polen, ihre Fernwirkung äußert sich auch schon in Ungarn, dessen Gewalthaber das furchtbare Grauen beschleicht. So zieht sich der proletarische Ring immer enger und würgender um das verhaßte Ungarn, so arbeiten wir im Boykott Arm in Arm mit der Internationale, Arm in Arm mit den roten Truppen Rußlands, einem gleichen Ziel zu dienen: Niederwerfung der reaktionären Mächte in Mitteleuropa. Wahrlich, es geht um große Dinge, es ist eine große Zeit, in der wir leben. Der internationale Boykott, den wir mitführen, ist ein Bundeskrieg für die russischen Rottruppen. Ihre Siege gegen Polen aber sind auch unsere Siege über die Reaktion in Österreich."

Das also sind die zwei Gewaltmittel, mit denen Alljuda die ihm nicht gefügigen Völker auf die Knie zu zwingen sucht, Boykott und Bolschewismus. In ähnlichem Sinne hat sich der Kommunistenführer Friedländer im Wiener Kreisarbeiterrat über den Boykott ausgesprochen. Er sagt, der Boykott sei eine Hilfeleistung für die russischen Sowjetarmeen, und später, wenn er gegen Ungarn gelingt, solle er gegen alle nichtbolschewistischen (d. i. nicht von jüdischen Diktatoren geleiteten) Staaten zur Anwendung gelangen. Das also ist Alljudas Plan. Dessen Ausführung aber zu verhindern, dazu bedarf es der gemeinsamen Zusammenarbeit aller christlichen Deutschen, zur Rettung des eigenen Volkes vor dem Untergang. Ein Verräter ist, wer hier von Nächstenliebe spricht. A. M.

Aus der Zeit.

In Brüssel haben sich England und Frankreich über die deutsche Kohle gezankt, da England mehr Freiheit zu haben wünscht, weil es selbst mit dem bedürftigen Frankreich Geschäfte machen will. England wird Frankreich im Falle von Schwierigkeiten nicht unterstützen. Womit aber keineswegs gesagt ist, daß England uns helfen wurde oder nur wollte.

•

Die Türkei macht verzweifelte Anstrengungen, sich der internationalen Ausbeutung zu erwehren. Mustapha Kemal Pascha hat allgemeine Mobilmachung und zwangsweise Einstellung aller waffenfähigen Männer ohne Unterschied der Religion angeordnet. Er soll die Juden draußen lassen, sonst geht's schief.

•

Im mitteldeutschen Kohlengebiet haben Lohnkämpfe und Arbeitseinstellungen begonnen. Sie sind wohl mit dem Landarbeiterstreik in Pommern das Vorspiel zum großen Schlag, der gleichzeitig mit dem Vormarsch der Bolschewiken auf Warschau erfolgen soll.

•

Die ungarische Arbeiterschaft verlangt als Gegenmaßnahme gegen den jüdischen Boykott, der sie am schwersten trifft, die Verhaftung der Juden.

•

Aus dem Inhalt.

Zionismus und Freimaurerei.
Jüdische Selbstkritik.
Die Forderung zur Brechung der Zinsknechtschaft.
Frauenstudium — Frauenberuf.
Zweifel.
Jüdische Religion ist U. S. P. Sache.
„Heimatdienst"
Warum die Zwangswirtschaft versagt.

Alfred H. Fried, der allein echte jüdische Friedensengel und Hauptschleierer, drückt der starkjüdischen Wiener „Arbeiterzeitung" seine Freude über den Boykott gegen Ungarn aus. Dieser verlegene Lump tut so, als ob Aushungerung gegen Frauen und Kinder nur im Geringsten milder und nicht viel grausamer und schrecklicher wäre als der blutigste Krieg zwischen Männern. Pfui Teufel!

•

Unter den Wirtschaftssachverständigen für Spaa erscheinen an erster Stelle die Juden Dernburg und Rathenau, als Sachverständiger für Kohlen steht neben Stinnes der Jude Arnhold. Die werden sich ja mit Lloyd Georges ganz geheimen Hauptweisen von Zion, Sasson, schön verständnisinnig angrinsen.

•

Die „Rote Fahne" meint, die hohen Schleichhandelspreise in Rußland beweisen, wie wirksam und scharf der Schleichhandel durch die Sowjets bekämpft werde. Das Risiko des Schleichhandels in Rußland drücke sich gerade in der Höhe der Schleichhandelspreise aus. — Die Leute, die das in Ordnung finden, nennen sich Kommunisten. Es scheint doch eher, daß sie von dem „merkantilen" Denken verseucht sind, zu dem Rathenau die Arbeiter erzogen wissen will.

•

Für 3 Millionen Mark Lebensmittel und Waren hat der Leiter des Flüchtlingslagers Essen, Mudra, veruntreut und verschoben. Hängt er schon? Oh nein!

•

In Nürnberg hat sich jemand aus Gram über die Schmach Deutschlands den Tod gegeben. Ein unnützes Opfer! Hätte er wenigstens einen von den Häuptlingen mitgehen heißen.

Verantwortungsfreudigkeit.

Ein Wort an unsere Führer.

Wenn ich mir so die Not der Gegenwart betrachte und mir auch die Ursachen zusammenstelle, warum wir immer tiefer sinken statt wieder empor zu kommen, so bringen mich meine Gedanken immer wieder auf einen Punkt, der leider viel zu wenig Beachtung findet. Als ich nämlich vor sechs Jahren als junger Kriegsfreiwilliger zu den Fahnen eilte, fand ich zu oberst in meiner Felddienstordnung geschrieben: „Erste Pflicht des Führers ist die Verantwortungsfreudigkeit." An diesen Satz mußte ich in den letzten Jahren immer wieder denken; denn es ist leider auch ein Zeichen unserer Zeit, daß gerade diejenigen unsere Führer sind oder wenigstens sein wollen, als Abgeordnete, Minister, Beamte usw., die diese Verantwortungsfreudigkeit zum größten Teile nicht besitzen. Ich erinnere mir daran, daß vor kurzem hier in München Italiener waren, die der bayerischen Regierung Lebensmittel anboten zu einem Preise, der sich durchschnittlich um fünfzig Prozent unter den hiesigen normalen (nicht Schieber-) Preisen hielt. Unter den vielen Ministern fand sich nun keiner, der soviel Mut besessen hätte, die Verantwortung für die Einfuhr dieser billigen Lebensmittel trotz der gegenteiligen Anordnung der Berliner Kriegsgesellschaft zu übernehmen, wo es sich doch nur um eine männliche Tat gehandelt hätte, die ihm den Dank des größten Teiles der Bevölkerung gesichert hätte. Ähnliche Beispiele, wenn auch kleinerer Art, kann sich jedermann ohne Mühe täglich sammeln. Drum möchte ich allen unseren Führern, die es bereits sind, und besonders jenen, die es werden wollen, ebenfalls zu oberst ins Stammbuch schreiben, damit sie es jederzeit vor Augen haben: „Erste Pflicht des Führers ist die Verantwortungsfreudigkeit!"

A. Sch., st. ing.

Die Lage in Sowjetrußland.

Allmählich lüftet sich immer mehr der Schleier über das wahre Wesen des Bolschewismus und die verschiedenen, bisher durchgesickerten Nachrichten finden immer mehr ihre volle Bestätigung. In diesen Tagen, da unsere Gefangenen von Ostsibirien heimkehren, werden die Bilder, die wir uns von der Sowjetherrschaft in Rußland machten, weitere wertvolle Ergänzungen erfahren, die dazu angetan sind, vielen endgültig die Augen zu öffnen. Solche Berichte, wie der folgende, den ein sibirischer Heimkehrer in der Reichspost vom 10. Juli veröffentlicht, können nicht genug unter unserer verführten Arbeiterschaft verbreitet werden. Der Bericht lautet: „Ich war 4 Jahre in Rußland, davon drei Jahre in Sibirien, Krainojarsk, und bin seit kurzer Zeit wieder auf heimatlichem Boden. Während meines unfreiwilligen Aufenthalts habe ich schon im Jahre 1918 die erste Eroberung Sibiriens durch die Bolschewiken mitgemacht. In den ersten Tagen des heurigen Jahres zogen die Bolschewiken zum zweitenmal in Krasnojarsk ein. Ich muß aufrichtig gestehen, wir warteten auf sie, waren wir doch alle der Meinung, daß sie unsere Befreier seien und uns endlich in die heißersehnte Heimat abschieben würden. Aber was haben sie mit uns gemacht. Anstatt Vorkehrungen zum Abtransport der Kriegsgefangenen zu treffen, mußten alle, auch Leichtinvalide, auf Zwangsarbeit. Was dies im „Eldorado der Arbeiter" bedeutet, zeigt ein Blick auf die Bahnverhältnisse, die die bolschewikischen Führer geschaffen haben. Nicht allein Hilfsarbeiter, auch erstklassige Professionisten verdienen nicht einmal das Allernotwendigste, was der Mensch zum Leben braucht. Festgesetzt werden die Lohnsätze von der Moskauer Tarifkommission und diese sind maßgebend für alle von den Bolschewiken besetzten Gebiete.

Es sind für die Betriebs- und gewerblichen Arbeiter, soweit diese nicht der Armee unterstehen, 35 Lohnklassen vorgesehen. Es gibt verschiedene Tarifgruppen, je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Industriestädte. So z. B. bilden in Sibirien die Städte Atschinsk, Krasnojarsk, Kansk, Jennisseisk und Jokutsk eine einheitliche Tarifgruppe. Die Löhne variierten bis Mitte Mai d. Js. von 460 bis 3000 Rubel monatlich. Für erstklassige Professionisten ist die 12. Lohnklasse mit 1240 Rubel monatlich festgesetzt. Da nun in den meisten sibirischen Städten der öffentliche Verkauf von Lebensmitteln, Kleider und sonstigen Bedarfsartikeln gänzlich eingestellt ist, wurden gemeinsame Mittagsküchen eingerichtet und zwar von der Sowjetregierung selbst. Das Mittagessen besteht aus einem Teller gesalzenen Krautwassers ohne Fett und Gewürz, ferner einem Schöpflöffel voll Buchweizenbrei ohne Fett, 1¹/₂ Pfund Brot mittlerer Sorte. Fleisch ist überhaupt nicht zu haben. Während meiner 8-wöchigen Teilnahme an der allgemeinen Küche, erhielt ich höchstens zehnmal gekochte, meist übelriechende Fischportionen. Sonst nichts den ganzen Tag. Eine Ausnahme bilden natürlich die Kommissäre (meist Juden), ihre Führer, die sich durch allerhand Schliche und Kniffe Lebensmittel aus den Magazinen zu verschaffen wissen und ein in jeder Beziehung prasserisches Leben führen können. Für das Mittagessen ist vom Sowjet der tägliche Preis von 20 Rubel festgesetzt, also für den Monat 600 Rubel. Die vielen Arbeiter, die unter der 6. Lohnklasse eingereiht sind, können also nicht einmal die 600 Rubel für die vom Sowjet festgesetzte, wahrlich bescheidene Mittagskost bezahlen, da ihr Lohnansatz niedriger ist, als das Mittagessen allein kostet. Ich selbst verdiente eine Zeitlang weniger, als ich für Mittagskost bezahlen sollte. Die „besser" Bezahlten, werden mir die Kommunistenführer entgegnen, konnten es sich ja doch leisten. Ihnen sage ich: Verzeihen Sie, meine Herren „Proletarier", darf denn ein Arbeiter in der Sowjetrepublik keine anderen Bedürfnisse haben als ein solches Mittagessen? Braucht er nicht auch, von übrigen Mahlzeiten abgesehen, auch Kleider, Wäsche, Schuhe usw. Ein Arbeiter, der verheiratet ist, und reichen Kindersegen hat, wie das in Rußland häufig der Fall ist, muß entweder zu Hause, nach den offiziellen 8 Stunden, bis in die Nacht hinein arbeiten, oder er muß sich aufs Spekulieren verlegen und steht dabei jeden Tag mit einem Fuß im Gefängnis, da dies streng bestraft wird.

Gegen diese niedrigen Tarifsätze war nichts zu machen. Die Erbitterung der Arbeiter wegen der niederen Lohnsätze war schon derart groß, daß in einigen Unternehmungen sogar die Arbeit eingestellt wurde. Dort, wo noch gearbeitet wurde, war passive Resistenz an der Tagesordnung. Fast täglich wurden Versammlungen abgehalten, aber alle ohne Erfolg. Um den stets zurückgehenden Arbeitsleistungen in den Betrieben entgegenzuarbeiten, wurde ein Arbeitsminimum aufgestellt, auch das half nichts. Es wurden Arbeiterdeputationen gewählt, die beim Arbeiterverband ihre trostlose Lage schilderten und bittere Beschwerde führten gegen diese Mißstände. Auch der Arbeiterverband war ohnmächtig und vertröstete die Arbeitervertreter auf eine Tagung der

Moskauer Tarifkommission. So wurden die hilflosen Arbeiter monatelang am Narrenseil herumgeführt, das profitgierige Juden zogen. Während die Arbeiter darben und sich bis in die späte Nacht hinein schinden müssen für das bißchen Essen für sich und ihre Familie, füllen sich die jüdischen Führer, die auf den höchsten Posten sitzen und nebstbei Spekulation treiben, die Säcke und verhelfen ihren Stammesnossen zu sicheren Stellungen, damit der jüdische Einfluß immer mehr und mehr zunehme, auf Kosten des gänzlich ausgelieferten Christenvolkes."

Wenn wir nicht bald zur Selbsthilfe greifen in deutschen Landen, besonders jetzt nach der schmachvollen Unterzeichnung der Bedingungen von Spaa, haben wir ganz dasselbe zu erwarten. Möchten unserem Volke doch endlich die Augen aufgehen und es erkennen, wo die wahren Feinde des Volkes sitzen! A. M.

Zionismus und Freimauerei.

„Worauf beruht die unsichtbare Kraft unserer Logen, wer wäre imstande, sie zu stürzen? Der äußere, ‚profane' Dienst der Freimaurerei ist nur ein blindes Werkzeug der Logen und ein Deckmantel für ihre eigentlichen Ziele. Diese letzten Ziele der Logen, die Wege, welche dahin führen und der Sitz der Hauptleitung werden dem Volk immer verborgen bleiben. Niemand kennt die geheimen jüdischen Freimaurerlogen und ihre Ziele, am allerwenigsten die Ochsen von Nichtjuden, die wir zur Teilnahme an den offenen Freimaurerlogen bewogen haben, um ihren Stammesbrüdern Sand in die Augen zu streuen. — Wir sehen in den Logen ein Hauptmittel zur Verbreitung unserer Lehren und zur Verwirklichung unserer Ziele. Alle Logen fassen wir unter einer Hauptleitung zusammen, die nur uns bekannt ist, allen anderen aber verborgen bleibt, nämlich unter der Hauptleitung unserer Weisen.

Es versteht sich von selbst, daß wir Juden allein und sonst niemand die Tätigkeit der Freimaurerlogen leiten."

So und ähnlich ist zu lesen in den „Geheimnissen der Weisen von Zion". Unter dem Titel „Zionismus und Freimaurerei" wird nun der Freimaurermonatsschrift „Der unsichtbare Tempel" vom 5. Juni 1920 von einem Zionisten und Freimaurer u. a. folgendes geschrieben: „Es besteht im Heiligen Lande eine Siedlung, in der Juden, Araber, Engländer, Deutsche und wer da will, wohnen und wohnen sollen. Das jüdische Volk erstrebt nur eine gewisse (?) zahlenmäßige Präponderanz (Übergewicht) auf gesetzmäßigem Wege zu gewinnen, denkt aber nicht im mindesten daran, die übrigen Bewohner des Landes irgendwie zu beherrschen oder gar zu vergewaltigen. — In dieser neuen Siedlung scheint mir ganz vorzüglich ein Ort zur Betätigung unserer königlichen Kunst zu sein. Ich kann nicht sehen, wie Zionismus, das ist Wiederaufrichtung des jüdischen Volkes im Heiligen Land, und Freimaurerei einander ausschließen. Im Gegenteil, dem jüdischen Volke wird nur unendlicher Segen zuteil werden, wenn im Heiligen Lande die Bauhütten arbeiten."

Es ist wohl unnötig, einen Kommentar beizufügen; nur an eines sei zum besseren Verständnis des Obigen noch erinnert, daß nämlich der „Verein ernster Bibelforscher" in einem Flugblatt: „Die nahe Wiederherstellung des Volks Israel" dazu folgende unzweideutige Erläuterungen gab: „So ist das künftige Zentrum des Zionismus nach dem Heiligen Lande verlegt worden. Die für Bankzwecke gesammelten Kapitalien usw. sollen dort konzentriert werden. — Diejenigen, welche die Sache durch das prophetische Teleskop anschauen, sehen die Zeit voraus, da das Gesetz ausgehen wird vom Berge Zion und das Wort des Herrn von Jerusalem [der künftigen Hauptstadt der Welt unter den Einrichtungen des messianischen Königreiches]." Dorthin werden alle Völker der Erde ihre Gesandten senden und dort ihre Gesetze empfangen . . ."

Aber nach der Behauptung der achtbaren Männer vom Zentralverein jüdischer Staatsbürger sind die Berichte der Weisen von Zion nichts als Verleumdung und Schwindel. Die armen Juden wissen eben nie, was in der Welt vorgeht. In Jerusalem richtet sich ihr Weltreich ein, aber es ist doch alles Verleumdung, was darauf hinweist. A. M.

Jüdische Selbstkritik.

Die jüdischnationale „Wiener Morgenzeitung" schreibt den jüdischen Sommerfrischlern folgendes ins Stammbuch:

„Nicht Naturfreudigkeit, nicht die rührende Einfachheit des Landlebens, nicht die Musik des Waldes, nicht das friedliche Blöken heimkehrender Schafherden, nicht der Glanz der Firne im Sonnenuntergang lockt einen erheblichen Teil unserer Großstadtjuden in die Alpen, treibt sie mit unwiderstehlichem Zwang, fast dorthin irgendwie (!) die Einreisebewilligung zu ergattern, wo man sie am wenigsten haben will. Ganz bestimmt auch nicht das Erholungsbedürfnis, denn die, welche wir meinen, sind trotz der zehrenden Verzweiflung über die Wiener Ostjuden Schwergewichtsmenschen geblieben. Sagen wir's nur heraus: Es ist die lächerliche Lust, zu zeigen, daß man sich's leisten kann; es ist die kindische Freude der Gedankenlosen am Bedientwerden durch Kellner, am Buckerl fürs reichliche Trinkgeld, am Reisen mit prächtigen Koffern, an der Hoffnung, im kleinen Gebirgsort mit Schmuck und Kleidung größeres Aufsehen zu erregen als in der Millionenstadt, welche die gewissen Wohlhabenden und jene, die es zu sein vorgeben, nach der Gmundner Esplanade oder nach Tirol lockt. Da wird mit nackten Knien und Lederhosen am Seegestade das Wiener Kaffeehausleben fortgesetzt und übereifrig Karten gedroschen, da drängelt sich die Pfaueneitelkeit der Frauen und das amüsante Völkchen der Gebirgskobigigerln auf der Konzertpromenade und die Natur ist ihnen Hekuba." Gut, — sehr gut! Ganz unsere Meinung! Aber was hätte das Blatt, das diesen Feststellungen beifügt, es sei „verfluchte Pflicht", „diese Wahrheiten zu wiederholen", auch wenn sie „abgedroschen" klingen, getan, wenn ein nichtjüdisches Blatt dieser „verfluchten Pflicht" nachgekommen wäre, wie dies bisweilen zu geschehen pflegt? Dann ist es noch immer die jüdische Presse gewesen, die in Harnisch über derlei Feststellungen geriet! A. M.

Jüdische Religion ist U.S.P.-Sache.

Dr. Cohn, Mitglied der unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands, ist Kirchenrat geworden. Bei den Vertreterwahlen zur jüdischen Kirchengemeinschaft hat die U.S.P. diesen Wahlsieg errungen. Wie es der boshafte Zufall will, hat die Parteileitung der U.S.P. von Großberlin erst vor kurzem allen ihren Mitgliedern die Aufforderung zugehen lassen, aus der Kirche auszutreten, und außerdem von ihren Kandidaten verlangt, daß sie keiner christlichen Kirche angehören dürfen. Boshaft bemerkt dazu die rechtssozialistische „Essener Arbeiterzeitung": „Nach diesem Wahlsieg in der jüdischen Glaubensgemeinschaft ist also anzunehmen, daß Kandidaten und Abgeordnete der U.S.P. zwar nicht Mitglieder einer christlichen Glaubensgemeinschaft sein dürfen, aber ruhig einer jüdischen Glaubensgemeinschaft angehören und — wie der Fall Cohn zeigt — darin sogar kirchliche Ehrenämter bekleiden dürfen." (Aus der „Landauer Volkszeitung".) Ob die deutschen Arbeiter nun einmal etwas merken?

Es muß uns gelingen

auch in Süddeutschland eine große völkische Zeiiung lebenskräftig auszubauen.

Beteiligungs-Anmeldungen nimmt der „Bund der Beobachterfreunde" entgegen. Geschäftsstelle München, Thierschstraße 15.

Zweifel.

Unsere Leser entsinnen sich, daß im „Scheinwerfer" einmal eine Erzählung stand, „Ein Pogrom", in der von einem Herrn Karfiol in Köln berichtet wurde, daß er für unanständige Äußerungen über deutsche Offiziere geohrfeigt wurde. Wir brachten in Nr. 48 des „Völkischen Beobachters" eine Erklärung des Herrn Samuel Karfiol, daß er es nicht gewesen sei, und fügten damals hinzu, daß nach unseren zuverlässigen Berichten eben ein anderer Karfiol der Leidtragende war. Nun meldet sich ein zweiter Herr Karfiol, Samuel (Rufname Sally), mit der Erklärung, daß auch er es nicht gewesen ist. Welcher Karfiol es nun in Wirklichkeit war, oder am Ende ein guter Freund der Karfiöle, der sich rasch einen Decknamen zugelegt hatte, wird sich ja demnächst vor Gericht erweisen. Denn zwar lautet die

Erklärung:

Auf die redaktionelle Anmerkung zur Erklärung des Herrn Samuel Karfiol, Köln, Hohestr. 133, in Nr. 48 vom 22. Mai erkläre ich, daß auch ich dem in Nr. 19 v. 6. März d. J. geschilderten Vorfall völlig fernstehe. Ich habe mich weder in Gegenwart noch in Abwesenheit englischer Offiziere jemals abfällig über preußische Reserveoffiziere geäußert, kann also deswegen auch niemals geprügelt worden sein. Ich erkläre noch, daß ich mich als ehemaliger Ausländer während des Krieges habe neutralisieren lassen und ass preußischer Kriegsfriewilliger im Felde gestanden habe.

Köln, den 4. Juni 1920.

Samuel Karfiol (Rufname Sally), Breitestraße 31.

— aber der jüdische junge Mann, ob nun Karfiol oder nicht, der den Denkzettel nach mehrfach bezeugtem Bericht erhielt, hatte noch mehrere Tage „ein Blauauge und eine bedenklich geschwollene Mundpartie". Also, Namen tun schließlich nichts zur Sache. Nachdem übrigens die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen jener Zurechtweisung, deren Empfänder sich stud. rer. merc. Sally Karfiol, Köln, Breitestraße, nannte, wieder einstellte, muß doch eine Anzeige vorgelegen haben. Sollte man uns durch fortgesetzte „Erklärungen" veranlassen wollen, den Nachweis für eine „tätliche Beleidigung" selbst zu führen? Der Herr Zurechtgewiesene mag beruhigt sein: Die Ohrfeige hat er verdient, und er wird sie vor einem deutschen Gericht nicht wieder los.

In schwere Zweifel stürzt einen Teil unserer Leser der Name des Herrn Salim im Lindenkasino. Der Verlag des „Völkischen Beobachters" hat sich an die Schriftleitung gewandt mit der Bitte, doch einmal öffentlich festzustellen, daß Herr Salim mehrfach die Versicherung abgegeben hat, er sei nicht Jude, sondern Türke. Nun wissen wir ja ganz gut, daß ein Jude nicht Deutscher wird, wenn er sich „Deutscher Staatsbürger" nennt. Im Falle des Herrn Salim liegt die Sache aber doch etwas anders, als Salim mit bestimmter Beziehung auf die Haltung des „Beobachters" die Versicherung abgibt, daß er nicht Jude ist. Daß er Semit ist, mag ja wohl sein — die Schriftleitung des „V. B." hat keine Zeit, in Wirtschaften zu gehen und sich die Wirte anzuschauen — und würde bei seiner Herkunft doch erklärlich sein. Aber das allein ist doch kein Grund, dem „Beobachter" unverschämte Briefe zu schreiben.

„Heimatdienst."

Sollte jemand nach den Proben, welche die „Reichszentrale für Heimatdienst" besonders während des Wahlkampfes bisher von ihrer Gemeinnützigkeit und Notwendigkeit abgelegt hat, über das Wesen dieser Firma noch im Unklaren sein, so sei ihm die Lektüre eines ihrer jüngsten Erzeugnisse empfohlen, eines Flugblattes, das sie, ihre Urheberschaft allerdings auf dem Blatte selbst bescheiden verschweigend, gegenwärtig den Rektoraten der bayerischen Mittelschulen zur Aushändigung an die demnächst ins Leben hinaustretenden Abiturienten zusendet: „Briefe für Abiturienten und junge Studenten." Darin bemüht sich ein Dr. Berger, über dessen Rasse es kaum einen Zweifel geben dürfte, mit Hilfe eines erdachten Briefwechsels zwischen einem Abiturienten und einem älteren Akademiker die studierende Jugend zwecks Schaffung einer neuen, den Zeitforderungen entsprechenden Studentengeneration für den Judensozialismus zu „keilen".

Der Abiturient, der sich in seinem Städtchen, wo „alle Gebildeten unter dem Hakenkreuz stehen, zwischen all diesen fanatischen Menschen sehr unglücklich fühlt," bittet den älteren Vetter um Aufklärung über Politik und Universität; in einer Reihe von Briefen, die vorsichtshalber „Universitätsstadt, den . . ." datiert sind — Berlin könnte leicht stutzig machen — zieht nun der Gefragte nach Ausmalung der trüben Zukunft minderbemittelter Studenten — Juden kommen ja dabei kaum in Frage, die Deutschen sollen ihnen nur Platz machen! — in geradezu mephistophelischer Weise gegen die „verlogene Romantik und gewollte Lebensfreudigkeit" des Verbindungswesens und die Studentenschaft überhaupt los, die durchaus kein Interesse habe an dem, „was wir aufbauen nennen", zu arbeiten. Es ist nötig, einige Sätze aus diesem Geschmiere wörtlich herauszugreifen, um deutlich zu machen, von welchem Geiste die ehrenwerte Reichszentrale — fast hätte ich gesagt: Zentralverein! — getragen wird.

Da werden zunächst die drei Ziele der heutigen Studentenschaft aufgezählt. „Erstens will sie Examen machen, möglichst rasch, mit möglichst wenig Wissen. Zweitens will sie sich amüsieren, wenigstens in den Kreisen, die sich das leisten können. Sie tut das genau wie früher, das heißt, man schlägt sich mit langen Messern ins Gesicht auf Kommando, betrinkt sich, solange der Vorrat reicht, und wenn der zu Ende ist, geht man in politische Versammlungen und schreit und pfeift und tritt den Kouleurbund auf die Zehen, daß er mitschreit. Kennst du Heulpfeifen? Du kannst ohne dieses Ausrüstungsstück nicht immatrikuliert werden. Nun drittens: Die Studentenschaft treibt auch im Ernst Politik. Neunzig vom Hundert sehr rührig, deutschnational. Die anderen sind links gerichtet oder Außenseiter. Nun ist die vaterländische Gesinnung der Studentenschaft von altersher. (Nur nicht nach Geschmack des Herrn Berger!) Aber welche Formen hat sie heute angenommen! Wie furchtbar doktrinär und fanatisch und wild betont ist sie. Eben rein chauvinistisch. Ganz unzugänglich für die Ziele, die Millionen anderer Volksgenossen haben. (Aha!) Es besteht mit diesen Akademikern gar keine Möglichkeit auch nur der Diskussion! Sie sind fanatisch bis zum Äußersten. Sie wissen alles, sie reden über alles, sie hassen alles, was andere Farbe hat, sie sind erschreckend hochmütig, es ist ihnen nicht zu helfen! . . . Nur wenige sehe ich, auf die man hoffen darf . . ."

Natürlich darf auch die übliche Offiziershetze nicht fehlen: „Jetzt gehen die meisten, welche die Universität besuchen und bald (mit schnell zusammengerafftem Wissen) verlassen, in das Leben hinaus mit dem schroffen Standpunkt des Offiziers, der seinen Beruf nicht verstand . . . Sie können nicht vergessen, daß sie einmal Sporen getragen haben" usw., spaltenlang. Diesem veralteten, verrotteten, zur Führerschaft gänzlich untauglichen Studententum gegenüber werden nun dem jungen Akademiker die einzig wahren Verbände verblümt, „ohne keilen zu wollen", aber doch mit genügender Deutlichkeit empfohlen.

Genug! Wir kennen das Horn, aus dem solche Töne schallen: ob aus Berlin, ob aus der „Münchner Post" oder der „Neuen Zeitung", — sie sind immer die gleichen, die die Noten zu solchen Weisen schreiben; und wenn sich der Verfasser nach Bauernfängerart zum Schlusse ein fadenscheiniges nationales Mäntelchen umhängt, so kommt der Bocksfuß doch gleich wieder zum Vorschein bei einem Seitenhieb auf den „flach polemischen Begriff ‚deutsch', den man heute im Zusammenhang der Rassentheorie behaupten möchte". Auf den Inhalt der Zitate einzugehen, erübrigt sich von selbst; sie kennzeichnen hinlänglich den Zweck des Unternehmens: auch jene „Neunzig vom Hundert", die Zukunftshoffnung der deutschen Volksgenossen, verschwinden zu machen und damit den „Heimatdienst" der Zerstörung und Zersetzung zu krönen, dem Siegeszug Judas die letzten unbequemen Steine aus dem Wege zu räumen. —

Werden sich unsere Schulbehörden zu Handlangern dieses „Heimatdienstes" hergeben? Mögen sie den Wisch verteilen — die jungen Studenten werden ihn schon zu würdigen wissen: auch sie stehen „unter dem Hakenkreuz"!

Kurt Hoffmann.

Anmerkung der Schriftleitung: Das Heft „Briefe für Abiturienten und junge Studenten" hat uns vorgelegen. Schon aus den von Kurt Hoffmann mitgeteilten Stücken geht hervor, in welch sudelhafter, ehrfurchtsloser Weise die deutsche Sprache darin behandelt ist. Das allein wird genügen, unsere deutsche Jugend vor dem Gift zu warnen.

Warum die Zwangswirtschaft versagt.

An der Seeküste werden jetzt freie Fischversteigerungen vorgenommen, da die Nachfrage nach Fischen zu gering wurde und die Verteilungsweise des Verbands der Hochseefischereien nicht mehr gehalten werden konnten. Die Folge ist ein Sturz der Fischpreise, die bis auf die Hälfte des höchsten Preises fielen.

Da zwischen der Küste und dem Inland Berliner Juden sitzen, können die Preise an der Küste noch lange fallen, bis wir etwas davon merken.

Warum auch der freie Handel zum Wucher wird.

Die „Kölnische Zeitung" meldet: „Der Händler Wolf Levi aus Groß-Bieberau wurde von der Frankfurter Strafkammer zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er zwei Bullen die er zu 1800 Mark gekauft hatte, auf dem Frankfurter Viehmarkte zu 2600 Mark anbot und schließlich zu 2375 Mark, also abzüglich 75 Mark Unkosten, mit 500 Mark Verdienst verkaufte. Sehr bezeichnend für die Handelsgebräuche mancher Viehhändler waren die Vorgänge beim Einkauf. Es hatten 22 Viehhändler, die zu der Versteigerung der Bullen erschienen waren, einen Ring gebildet und auf die Mindestforderung des Bürgermeisters von 1800 Mark nur 1750 Mark von einem der Händler bieten lassen. Als darauf kein Zuschlag erfolgte, erschien tagelang kein Händler an dem Platze, bis endlich Wolf Levi kam und zu 1800 Mark das Vieh kaufte. Der Kauf geschah im Einvernehmen mit den 22 anderen, unter die der Gewinn geteilt wurde."

Solange die Juden nicht draußen sind, hilft uns weder freie Wirtschaft noch Zwang. Also her mit dem Galgen!

Die Forderungen zur Brechung der Zinsknechtschaft

Der „Völkische Beobachter" tritt seit der Schöpfung des Gedankens für die Brechung der Zinsknechtschaft ein. Der Kampf gegen den Zins ist nicht neu. Die Schädlichkeit des Zinses ist von vielen berufenen Schilderern dargetan worden, oft mit leidenschaftlicher Forderung nach seiner Abschaffung. Erst Gottfried Feder aber gelang es, den einfachen und natürlichen Weg zu zeigen, auf dem wir des Zinsunrechts Herr werden können. Mit seiner Forderung zur Brechung der Zinsknechtschaft hat er den notwendigen Schritt von der Erkenntnis zur Tat, von der Wunschwelt zur Wirklichkeit getan. Feder hat keine volkswirtschaftliche Lehre aufbauen wollen. Er will auch nicht ein „für alle Zukunft gültiges", „allein richtiges" Gesellschaftssystem geben. Sondern er will einzig und allein aus einem tatsächlichen Unrecht, Elend und Widersinn den tatsächlich gangbaren Weg zeigen.

Wir veröffentlichen die Forderungen zur Brechung der Zinsknechtschaft so, wie sie der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft in seinem Aufruf gefaßt hat. Die Fassung schließt sich jedoch eng an die Forderungen im „Manifest" an. Wir hoffen mit der Veröffentlichung zweierlei zu bringen: Erstens die Erfüllung des oft geäußerten Wunsches nach einer Darstellung dessen, was die Brechung der Zinsknechtschaft eigentlich will, und zweitens die Klärung manches Mißverständnisses und Bedenkens. Wenn wir für die Brechung der Zinsknechtschaft eintreten, so geschieht es nicht, weil wir die Isten irgend eines Ismusses sind, sondern weil wir erkannt haben, daß im Zinsunrecht der Ursprung all des Elends liegt, unter dem wir alle leiden. Es gibt nur eine Gruppe, die Gegner der Brechung der Zinsknechtschaft sein darf und muß: das sind die Nutznießer und Stützen des Leihgeldwesens selbst, die geheimen Großherren der Banken, die Schieber mit Ehre, Glück und Zukunft des Volkes, die Ausbeuter aller Arbeit und alles Bedarfs, denen der Wochenlohn des Familienvaters, die Rente der Witwe, der Gewinn des Kaufmanns, das Gehalt oder Ruhegeld des Beamten, der Zinsgenuß des Sparers und jedes, jedes Tun zinspflichtig ist.

Unsere heutige Veröffentlichung wird manches Bedenken klären. Kurze Überlegung wird zeigen, daß die Überführung der Zinswirtschaft in die zinslose Wirtschaft ohne Erschütterungen und Stöße vor sich gehen kann, wenn nur das deutsche Volk den Mut findet, seine Befreiung zu wollen. Und dann werden ihm die anderen Völker auch nachfolgen.

Die Brechung der Zinsknechtschaft.

Die Richtlinien des deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft.

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft will die Herrschaft des Geldes im wirtschaftlichen, politischen und geistigen Leben bekämpfen und aufheben. Sein Ziel ist die Brechung der Zinsknechtschaft, d. i. die Befreiung des Wirtschaftslebens von der Schulden- und Zinsenlast der öffentlichen und privaten Anleihen, und die Durchführung einer zinslosen Wirtschaft.

Der Deutsche Kampfbund will dies Ziel erreichen durch allgemeine Aufklärung über das Wesen und die verderbliche Macht des Leihzinses, durch Einwirkung auf die Gesetzgebung und durch Förderung jeder Bewegung und Bestrebung, die der Brechung der Zinsknechtschaft dient. Der Bund ist keine politische Partei, steht keiner Partei nahe und vereinigt in sich Angehörige aller Parteien zum Kampfe gegen die Zinsknechtschaft. Er hält sich auch von der im heutigen politischen Leben üblichen Kampfesweise fern. Denn der Deutsche Kampfbund sieht in der Vergiftung unseres öffentlichen Lebens durch die Gehässigkeit unsachlicher, einseitiger und verlogener Kampfführung nur immer wieder die Folge des Geldwahnes, der blinden Geldgier und der unumschränkten Geldherrschaft. Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft will das ganze Volk zur Befreiungstat vereinen. Er erwartet von allen Parteien, daß sie den Kampf gegen die Zinsherrschaft aufnehmen, wenn anders sie wahrhafte Freunde des Volkes sein wollen. Die Brechung der Zinsknechtschaft ist keine Klassensache, sondern Sache Aller.

Die wirtschaftlichen Grundsätze des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft sind:

a) Geld ist und kann nur sein: Anweisung auf geleistete Arbeit.

b) Die von der Gesamtheit auf Grund ihrer Wirtschaftshoheit ausgegebenen Geldzeichen haben ihre Deckung nur in der von der Gesamtheit geleisteten Arbeit.

c) Der Besitz von Geldscheinen ist ein Guthaben bei der Gemeinschaft für die geleistete Arbeit des einzelnen und eine Forderung des einzelnen an die Gemeinschaft auf einen Teil der von der Gesamtheit geleisteten Arbeit.

d) Geldbesitz der einzelnen kann sich daher nur auf Grund von Arbeit bilden und vermehren.

e) Bildung und Vermehrung des Geldbesitzes auf Kosten der Arbeit anderer (durch Zins, Wucher oder Geldgeschäfte) ist wirtschaftlich unberechtigt und unsittlich.

f) Geld kann in der Hand seines Besitzers nur als Arbeitsgeld (Betriebsmittel) der Schaffung neuer Werte dienen, nie aber als Leihgeld.

g) Die Macht des Leihzinses, die alles Schaffen fesselt und beherrscht, von aller Arbeit zehrt und sich mästet, muß gebrochen und das Geld gezwungen werden, seiner eigentlichen Aufgabe treu zu bleiben: ein Diener zu sein für den Austausch geleisteter Arbeit.

Kein Opfer ist für den zu groß,

dem es ernst ist mit der Mitarbeit an der Befreiung des deutschen Volkes von **Wucherern,** von **Schiebern** und von **Juden.** Dieses Opfer ist der Bezugspreis für den „Völkischen Beobachter", der unser Führer ist in diesem Kampfe.

Der Bezugspreis ist an den Verlag d. „Völkischen Beobachters" München, Thierschstr. 15, einzusenden. Postscheckkonto 11346.

Bund der Beobachterfreunde.

h) Der Geldbedarf des einzelnen darf nicht zur Ausbeutung und Knechtung durch den Zins benützt werden.

i) Der Geldbedarf der Gesamtheit darf in Zukunft nicht mehr durch Anleihen gedeckt werden, die Volksgemeinschaft nicht mehr die zinspflichtige Schuldnerin einer kleinen, im Dunkeln arbeitenden Gruppe von Geldgewaltigen sein. Es ist ein Widersinn, daß der Staat mit der Arbeit seines Volkes nicht wirtschaften dürfen soll, ohne sie erst durch Ausgabe verzinslicher Schuldverschreibungen nicht nur mit immer neuen Schulden, sondern auch mit der Verzinsung dieser Schulden zu belasten.

k) Die Brechung der Zinsknechtschaft ist die Vorbedingung zur wirtschaftlichen Gesundung und zur Erneuerung des Volkes und der Menschheit.

Mit dem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" von Gottfried Feder fordert der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft vor allem:

1. Die Kriegsanleihestücke und alle Schuldverschreibungen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten, alle Eisenbahnanleihen und die Schuldverschreibungen aller Selbstverwaltungskörper werden unter Aufhebung der Zinspflicht zu gesetzlichen Zahlungsmitteln im Nennwert erklärt oder in Bankguthaben umgewandelt.

2. Bei allen übrigen festverzinslichen Papieren, Pfandbriefen, gewerblichen Schuldbriefen, Haus- und Grundschulden usw. tritt an Stelle der Zinspflicht die Rückzahlungspflicht. Nach 20 oder 25 Jahren ist somit, je nach der Höhe der bisherigen Verzinsung, das geliehene Geld zurückbezahlt und die Schuld erloschen.

3. Das gesamte Geldwesen wird in der Hand des Staates zusammengefaßt, der in Staatsbank und Staatshauptkasse alle Rechte und Aufgaben der staatlichen Geld- und Wirtschaftshoheit ausübt. Alle Bankbetriebe und ebenso die Postscheckkassen, Sparkassen, Darlehensgenossenschaften werden als Zweigunternehmungen der Staatsbank geführt und damit bei völliger Freiheit im einzelnen der wirksamen Aufsicht des höchst verantwortlichen Gemeinwesens unterstellt.

4. Haus- und Bodenbeleihung findet nur durch die Staatsbank statt. Darlehensgewährung auf Waren oder Arbeitskraft wird dem freien Geldvermittlungsgewerbe überlassen, das in strenger Standeszucht aufzubauen ist. Es kann nur unter staatlicher Aufsicht und mit staatlicher Genehmigung betrieben werden, die bezirksweise nach vorhandenem Bedürfnis und unter Verbot der Errichtung von Zweigstellen erteilt wird. Die Gebühren werden durch die Staatshauptkasse festgesetzt.

5. Gewinnanteilpapiere werden wie die bisher festverzinslichen Werte in jährlichen Abzahlungen von 5% getilgt. Während der Tilgungsfrist wird im Gegensatz zu den nur zu tilgenden, mündelsicheren Papieren, entsprechend der Verlustgefahr bei neu ausgegebenen Anteilen, ein angemessener, fest zu begrenzender Gewinn an die Gesellschafter ausgeschüttet. Der weitere Überschuß wird zur Besserung der Arbeitsbedingungen, zu Erweiterungen des Unternehmens, Erhöhung des Arbeitsertrages der Arbeiter, Steigerung der Erzeugung oder Senkung der Preise verwendet.

6. Der Druck der durch Kriegsgewinn, Schieberwesen und Wucher entstandenen Vermögensanhäufungen auf die Volkswirtschaft muß durch weitere, stark gestaffelte Vermögensabgaben gehoben werden.

7. An Zinsenempfänger, die infolge Alters, Krankheit usw. nicht in der Lage sind, ihren Unterhalt zu verdienen, werden die bisherigen, zum Teil sogar höhere Erträgnisse aus ihrem Vermögen als Leibrente weiterbezahlt. Die Wertpapiere sind dafür einzuliefern. Für jugendliche Arbeitsunfähige ohne Versorger ist in ähnlicher Weise Unterhalt und Ausbildung zu sichern. Auch ist für diejenigen zu sorgen, die durch den bestehenden verschleierten Staatsbankerott um ihr Auskommen betrogen sind.

8. Versicherungen, Unterstützungskassen, Stiftungen, deren Erträgnisse der Linderung unverschuldeter Not dienen und die ohne einen Zinszuwachs ihre Aufgabe nicht erfüllen können, sind durch die Allgemeinheit zu übernehmen und unter tunlicher Anlehnung an ihre ursprünglichen Bestimmungen weiterzuführen. Das gleiche gilt von Stiftungen zu Ausbildungszwecken. Familienstiftungen fallen unter das Erbschaftsgesetz.

9. Der Staat deckt seinen Geldbedarf für gemeinnützige Aufgaben (Verwaltung, Rechtspflege, Fürsorge, Kunst und Wissenschaft) aus den Überschüssen seiner gewinnbringenden Staatsbetriebe, sowie aus Vermögens- und Einkommensteuern. Die Kosten für Neuschöpfungen bestreitet er durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine nach Genehmigung durch die Volksvertretung.

10. Aus den nach Einführung der zinslosen Wirtschaft sich ergebenden Überschüssen des Volkshaushaltes wird jedem Hand- und Kopfarbeiter von einer Altersgrenze von 50 bis 60 Jahren ab (je nach Beruf) der volle Lohn als Ruhegehalt vom Staat bezahlt und ihm dadurch die Sorge für sein Alter genommen.

Nur durch Brechung der Zinsknechtschaft, wenn wir nicht mehr wie heute

jährlich mindestens 15 Milliarden Zinsen für das Leihkapital

erarbeiten müssen, ist dieses Hochziel jeder arbeitenden Volksgemeinschaft überhaupt erreichbar und gerade in diesem Erfolg

Frauenstudium — Frauenberuf.

In Nr. 38 des „Völkischen Beobachters" kennzeichnet ein F.V. richtig die Strömung gegen das Frauenstudium als rein wirtschaftliche Frage für den Mann. Denn wenn man ihm durch reaktionäre Gesetze den Wettbewerb vom Halse schafft, stärkt man anscheinend seine wirtschaftlichen Aussichten, aber nur seine Aussichten, nicht seine Lage. Doch die wirtschaftliche Seite läßt sich gerechter lösen, wenn man an allen Stellen für gleiche Arbeit bzw. Arbeitszeit und Arbeitsart den Arbeitgeber den gleichen Lohn zu zahlen zwingt, dann konkurriert Leistung mit Leistung und nicht Mann mit Weib.

F. V's. Forderung: „ein sofortiges Verbot der Einschreibung von Frauen an den Hochschulen, die Nichtzulassung von Frauen zu den staatlichen Prüfungen usw." könnte dann fallen und belächelt werden als Forderung tyrannischer Schwächlinge, die ihrem eigenen Können nicht trauen.

Was mich bei F. V. am meisten überrascht hat und der Anlaß meiner Ausführungen wurde, war folgende Zusammenstellung: „aber als sie (die Studierenden) im November und Dezember 1918 die Universitäten betraten, waren diese gefüllt mit Frauen und Juden. Neben der Lebensbürde, die ihnen der Krieg auferlegt hat (daheim gab es für den Deutschen keine Bürde, auch haben die deutschen Frauen nichts durch den Krieg verloren und gelitten und nichts im Kriege für die Verteidigung des Vaterlandes getan?!) haben sie noch die marternde Aussicht .... mit den frischen weiblichen und jüdischen Köpfen im späteren praktischen Leben in der Heimat, die sie mit ihrem Blute 4 Jahre verteidigt haben, nicht konkurrieren zu können". Also, um der Konkurrenz zu Leibe zu gehen, ist F. V. jedes Mittel recht, so daß er Frauen und Juden als gleich schädlich behandelt. Wenn ein solcher Kopf Gesetze vorschlägt, so ist er der Ruhe dringend bedürftig, denn er schadet dem völkischen Gedanken mehr als die Fremdrassigen. Diese Für-sich-Kämpfer schaden der völkischen Einheit und vergrämen eine große Gefolgschaft von Intelligenzen durch ihren Neid und die Selbstsucht.

Auch zeugt es von Unwissenheit und Kurzsichtigkeit, wenn F. V. von einer „Entartung der allgemeinen Moral, die mit eine Folge der oben erwähnten Entwickelung Berufsbetätigung der Frau) ist", spricht. Wer macht die Moral? Doch nicht das Weib allein oder der Mann allein, sondern beide zusammen! Wir sollten vom Manne, dem stärkeren Geschlecht und durchgebildeteren Verstand, mehr Selbstbeherrschung im Triebleben verlangen, denn die Eingeweihten wissen, daß die männliche Nachfrage das weibliche Angebot regelt. Nur charakterlose Schwächlinge zetern über Unmoral, ohne an die eigene Nase zu fassen.

Gewiß, es ist ein Unfug, wenn sich das Weib der häuslichen Tätigkeit entzieht, aber das Studium ist weder ein Hinderungsgrund noch ein Nachteil für die Ehe, eher ein Vorteil für den Mann und seine Nachkommenschaft. Nicht mit Unrecht heißt es: Gleich und Gleich gesellt sich gern — und der Gegensatz von „klug oder häßlich und dumm aber schön" wird für den Nachwuchs oft beklagenswert und für die Parteien auf die Dauer ein geduldiges oder ungeduldiges Nebeneinanderleben.

Unsere Arbeit darf nicht bei der kleinen ungefährlichen Zahl der studierenden Frauen einsetzen, sondern bei der breiten Masse.. Wer nimmt jetzt dem Manne die Arbeit weg? Die halbgebildeten Frauen, die nicht mehr im Haushalt arbeiten wollen, wo sie für ihren Hausfrauenberuf ausgebildet werden, die es vorziehen, Verkäuferinnen, Hilfsarbeiterinnen, kaufmännische Angestellte, Assistentinnen usw. zu werden, während es an weiblichen Hausangestellten mangelt. Im Hause sind sie nicht so „frei". Schon während des Krieges und noch mehr heutzutage strebt die Tochter des Arbeiters nach „etwas Besonderem" und das Bauernmädel „hat es nicht mehr nötig" zu dienen, denn Gott Mammon herrscht, fördert eine ungesunde Lebensführung und untergräbt Moral und bewährte Sitten. Die jetzige Übergangszeit, die egoistische Sorgen und Gewissenlosigkeit erblühen ließ, kann nie Früchte tragen, die dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit nützen können. Aber die Gewissenlosigkeit darf nicht um sich greifen, wie die Hand eines Ertrinkenden. Möge verkommen, was nur Dünger sein kann, damit die langsam wachsenden Eichenhaine zu Licht und Nahrung gelangen. Es muß deshalb heißen: Deutscher Mann und deutsches Weib, steht Hand in Hand!

Nicht gegenseitiger Kampf, sondern gegenseitige Förderung in gemeinsamer Arbeit sei unsere Losung. tadem.

Schrifttum.

Adel verpflichtet. Von Martin Otto Johannes. Verlag Erich Matthes, Hartenstein i. Erzgeb. Geh. M. 5.—, geb. M. 7.50.

Ein Buch, das weit mehr ist als ein Roman! Halb Wirklichkeit, halb köstlicher Traum, gibt es ein Bild rassebewußten Lebens. Was blasse Theoretiker schwärmerisch in die Luft malen, Verinnerlichung der geistigen und seelischen Menschen bei höchster Entfaltung seiner körperlichen Eigenschaften, stellt Johannes in künstlerischer Vollendung lebendig und werbend vor uns hin. Der Verfasser, der sich schon durch die Übersetzung von Gobineaus Amadis einen Namen gemacht hat, nahm den kurländischen Landadel zum Rahmen seines Buches. Kraftüberquellende Menschen finden wir darin, hellen Geistes und reinen Blutes. Die Handlung selbst ist unbedeutend gegenüber der prächtigen Zeichnung der einzelnen Köpfe, wenigstens tritt sie nicht allzu stark in den Vordergrund.

Wir haben es bei dieser letzten Schöpfung des jungen Dichters mit einem Werk zu tun, das sich himmelweit über die abgeschmackten Machwerke erhebt, die heute zu Tausenden

wird der ungeheuere Segen der Durchführung unserer Forderung liegen.

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft wendet sich zunächst gegen die Schulden- und Zinslast, die das deutsche Volk sich selbst, verblendet und verführt, zugunsten weniger aufgebürdet hat und noch immer höher auf sich lädt. Die Abschüttelung von Anleihen, die das deutsche Volk bei sich selbst aufgenommen hat, und die es also nur sich selbst schuldet, ist durchaus in seinen eigenen Willen gegeben. Sie ist weder von der Zustimmung derer abhängig, die heute unsere Herren sind, noch von der Gleichzeitigkeit der Maßnahme in anderen Ländern. Aber es ist kein Zweifel, daß binnen kurzem sich die Erkenntnis in allen Ländern Bahn bricht, welchem Wahnwitz die Menschheit mit der Anerkennung der ewigen Zinspflicht dient. Und es wird nicht lange dauern, daß der Kampf gegen den Zins ebenso über das Einzelvolk hinausgreift und die Völker verbindet wie der Zins selbst zurzeit noch über alle Völker herrscht.

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft will lebendige greifbare Arbeit leisten. Er sieht einen Weg zur Befreiung der Menschheit aus Not, Verwirrung und Knechtschaft und er will diesen Weg entschlossen gehen. Die Arbeit an der Verbesserung und Klärung der Gesellschaftsordnung will er weder ablenken noch entbehrlich machen. Er findet sich einig mit allen Bestrebungen, die der Veredelung des menschlichen Gemeinschaftslebens dienen, aber er zieht einen scharfen Strich gegen die überschwänglichen Heilslehren, die schranken- und gedankenlos der Welt alles Glück in einem Wort verheißen und damit die Seelen nur betäuben und verführen.

Bei der Brechung der Zinsknechtschaft handelt es sich nicht um eine Vermögensberaubung, die in Widerspruch zu dem vom Staate verbürgten Recht des einzelnen auf seinen Arbeitsertrag stünde. Die Ersparnisse keines Menschen werden durch die Brechung der Zinsknechtschaft angetastet, sie werden nur befreit von der dauernden Entwertung durch das Großkapital. Es handelt sich gerade darum, das richtige und gerechte Verhältnis von Leistung- und Erträgnis wieder herzustellen, die Arbeit von dem Fluch des wuchernden Zinses zu erlösen und eine Wirtschaftsordnung aufzubauen, in der die befreite Arbeit aller ihrer Würde und ihres Ertrages sicher ist.

Soll die Brechung der Zinsknechtschaft Wirklichkeit werden, so ist dazu die einmütige und zusammengefaßte Arbeit aller Freunde des Gedankens notwendig. Wir müssen heraus aus dem namenlosen Finanzelend des Reiches, heraus aus dem verschleierten Staatsbankerott, heraus aus der irrsinnigen Steuer- und Zinsenwirtschaft der Regierung.

Mit bloßen finanztechnischen Maßnahmen wird nichts erreicht. Die einzige Rettung liegt in der

Brechung der Zinsknechtschaft.

Das Streben nach ewigem, mühe- und arbeitslosem Einkommen aus reinem Geldbesitz durch den Zins in jeder Gestalt hat die Heiligkeit der Arbeit geschändet, ihr die innere Freudigkeit und Befriedigung geraubt und die Arbeit zu einer mühseligen Plage zugunsten des Großkapitals werden lassen.

Die Anleihewirtschaft des Staates läuft auf den ungeheuerlichsten Volksbetrug aller Zeiten hinaus zum Nutzen des Großkapitals, denn den kleinen Leuten, den Arbeitern, Angestellten, Beamten, die ihre Ersparnisse auch irgendwie auf Zinsen angelegt haben, werden ihre kleinen Zinsen doppelt, drei- und vielfach wieder abgenommen durch die direkten und besonders durch die indirekten Steuern.

Der Staat kann nur geben, was er vorher genommen hat.

Wenn der Staat also Anleihen aufnimmt, so kann er die Zinsen dafür natürlich nur bezahlen, wenn er sie beim Volk in Gestalt von Steuern wieder eintreibt.

Wären die Zinsenempfänger auch die alleinigen Steuerzahler, so würde diese Zinsen- und Steuerzwickmühle bald als Selbsttäuschung erkannt und abgeschafft werden. Dadurch, daß aber zur Bezahlung der Zinsen die große Masse der Bevölkerung im Wege der indirekten Steuern schonungslos zugunsten des Grokapitals ausgeplündert wird, ist der Staat eben seiner ursprünglichen und einzigen Aufgabe — Sachwalter der Gesamtheit zu sein — untreu geworden. Er ist gerade durch seine volksfeindliche Anleihewirtschaft ganz in die Krallen des Großleihkapitals geraten. Deshalb fordern wir mit aller Macht von den Volksvertretern und von der Regierung die Brechung der Zinsknechtschaft, weil durch sie allein die Möglichkeit eröffnet wird, unserem leidenden Volk die Freiheit und Würde der Arbeit und die leibliche und geistige Gesundung wieder zu erringen.

Eine Anzahl Männer hat sich zur Durchsetzung dieser für alle Arbeitenden grundlegenden Forderung zusammengeschlossen und ruft alle Volksgenossen ohne jeden Unterschied des Berufes auf, sich dem Kampfbund anzuschließen.

Jeder Wahlbewerber zu Landes- oder Reichsvertretung muß Stellung zur Brechung der Zinsknechtschaft nehmen.

Nur wer die Brechung der Zinsknechtschaft will, kann als Vertreter des Volkswillens, als Streiter für das Volkswohl angesehen werden.

Wir wollen, daß unsere Arbeit wieder uns selbst gehöre, nicht aber, daß unser und unserer Kinder Leben in den Klauen des Zinses jämmerlich verblute und verende.

Wir wollen Freiheit! Wir wollen Erlösung! Wir wollen die Brechung der Zinsknechtschaft!

Gerichtsverhandlung gegen Herrn Kurt Kerlen.

Herrn Kerlen, dem unermüdlichen Kämpfer für Aufklärung und völkische Erneuerung, wollte man gern eins am Zeuge flicken. Zu diesem Zweck war eine Anklage gegen ihn erhoben worden wegen einer Redewendung, die Herr Kerlen gelegentlich einer Versammlung im „Münchener Kindlkeller" gebraucht hatte. Herr Kerlen hatte die jüdischen Warenhäuser als Brutstätten der Gewerbsunzucht bezeichnet, und Herr Hubert Dürriger (?) und 223 Genossen, Angestellte des Warenhauses Tietz, hatten Klage erhoben. Die Verhandlung fand am 12. Juli im Amtsgericht in der Au statt. Durch einen Aufsatz im „Kampf" waren die Kläger in ihrer Auffassung von der beleidigenden Bedeutung des Kerlenschen Ausspruchs noch bestärkt worden.

Herr Kerlen hatte in seinem Vortrage hervorgehoben, daß der Jude durch Vormachtstellung und Weltanschauung die Angestellten arischer Abstammung als Menschen zweiter Güte betrachte, und daß infolge der schlechten Bezahlung die in Warenhäuser dienenden weiblichen Angestellten vielfach gezwungen seien, sich einen Nebenverdienst zu verschaffen. Sie geraten auf Abwege, und die Warenhäuser, mit einigen Ausnahmen, gewinnen das Gepräge von Bordellen und Harems, weshalb sie zu bekämpfen seien.

Im Verlaufe der Verhandlung sah sich die Schriftleitung des „Kampf" veranlaßt, ihren Artikel wesentlich abzuschwächen und zu berichtigen. Voller Widersprüche gegenüber der Wirklichkeit, war seine Haltlosigkeit und tendenziöse Färbung klar bewiesen. Die Zeugenvernehmung ergab, daß schon beim Beginn der Verhandlung gegnerische Kräfte am Werke waren, die Ausführungen des Vortragenden zu stören. Es konnte keine die Angestellten beleidigende Äußerung festgestellt werden. Weder das Warenhaus Tietz noch seine Angestellten konnten sich betroffen fühlen, da nicht einmal die Firma genannt war. Der Hinweis auf die Notlage der Angestellten habe vielmehr dazu beigetragen, deren Interessen zu schützen.

Der Vertreter der Anklagepartei legte sich auf die Aussage des Vertreters des „Kampf" fest, der zufolge die Tatsache einer Beleidigung gegeben sei. Die Verteidigung wies mit Nachdruck darauf hin, daß der Standpunkt seines Klienten strafrechtlich nicht angreifbar sei, da der gleiche Vortrag in vielen Städten gehalten worden, und lehnte einen Vergleich ab mit dem Hinweis auf den Stand der Verhandlung; der Schutz des Paragraphen 143, „Wahrung der Interessen des Volksrechtes", müsse unbedingt zugebilligt werden. Da auch der Beklagte angab, daß er nur reine Aufklärungsarbeit im Sinne und zugunsten der Wohlfahrt seiner deutschen Volksgenossen leiste, und daß ihm jegliche Beleidigung von Personen oder eines Standes ferngelegen, erging das Urteil auf **Freispruch des Herrn Kerlen**, unter Überbürdung der Kosten auf die Klagepartei, da der Nachweis einer Beleidigung nicht erbracht werden konnte.

H. E.

Aus der Bewegung.

Sonnwendfeier der völkischen deutschösterreichischen Eisenbahner in Passau.

Am 25. d. M. veranstaltete die Ortsgruppe Passau der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner im Redoutensaale eine Sonnwendfeier, die einen glänzenden und allgemein zufriedenstellenden Verlauf nahm. Der Obmann der Passauer Ortsgruppe, Herr Revident **Pfannerstill**, konnte in seiner im völkischen Geiste gehaltenen Begrüßungsansprache unter den erschienenen Gästen insbesondere den Herrn Bürgermeister Weiß, die in stattlicher Anzahl vertretene „Liedertafel" Passau, Vertreter der „Deutschen Wacht" und Bürger der Stadt Passau begrüßen. An Stelle des leider am Erscheinen verhinderten 1. Vorsitzenden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, hielt Herr Revident **Butschek** die Festrede. In äußerst wirkungsvoller Weise schilderte der Genannte das Fest der Sonnenwende zur Zeit unserer Vorfahren, die Weiterverbreitung dieses Festes bis auf die Gegenwart und kennzeichnete die jetzige Lage des deutschen Volkes. Er gab den treffenden Rat, sich endlich einmal von dem semitischen Einfluß loszumachen und durch Wiederbelebung des Volksbewußtseins zu der unserem Volke gebührenden Höhe zu kommen. Reichen Beifall erntete der Redner ob seiner wahrhaft deutschen Worte. Die „Liedertafel" Passau, welche sich in gefälliger Weise in den Dienst der Sache stellte, brachte sehr gediegene Männerchöre zum Vortrag. Herr Zollinspektor Prügl bot mit seinen herrlichen Baritonvorträgen den Zuhörern einen besonderen Kunstgenuß. Die Standortskapelle bewies ihr bestes Können. Vor Schluß der Feier sprach namens des veranstaltenden Ausschusses Herr Revident Schröder allen, welche sich freiwillig in den Dienst der völkischen Sache gestellt und mitgewirkt haben, den Dank aus, erläuterte den Standpunkt der völkischen Gewerkschaften in gewerkschaftlicher wie in politischer Hinsicht, und gab der Hoffnung auf baldige Vereinigung aller deutschen Stammesbrüder zum großen Alldeutschland Ausdruck. Mit dem Schartliede: „Wenn alle untreu werden", wurde die schlichte, aber erhebende und gelungene Feier zur Zufriedenheit aller Gäste geschlossen.

Das zur Zeit der letzten Wahlen und kurz vorher in den sogenannten deutschnationalen Kreisen Passaus plötzlich entflammte Erwachen deutschen Volksbewußtseins muß allerdings schon wieder erloschen sein, da bei dieser völkischen Feier, im wahrsten Sinne des Wortes, die erwähnten Kreise durch ihr gänzliches Nichterscheinen glänzten. Als seinerzeit, kurz vor den Wahlen, ein sehr schöner völkischer Abend vom Alldeutschen Verband in Passau veranstaltet wurde, bei welchem der Hauptschriftleiter Grube der Zeitung „Teut" in Wien einen sehr anregenden völkischen Vortrag hielt, waren gerade die völkischen deutschösterr. Eisenbahner von Passau fast vollzählig erschienen, haben sogar für rege Beteiligung in Passau unermüdlich geworben. Zur Zeit der Wahlen waren es wieder dieselben Eisenbahner von Passau, die durch selbstlose Agitation große Stimmung in den nationalen Kreisen Passaus machten. Jetzt wurde die Gelegenheit geboten, daß die einheimischen völkischen Kreise das Wort zur Zeit der Wahlen in die Tat umsetzten, dafür erschienen sie aber bei der rein völkischen, deutschösterr. Feier überhaupt nicht! **Das Volksbewußtsein nur zur Zeit der Wahlen zur Schau tragen, dann sich wieder in die alte „bürgerliche" Bequemlichkeit zurückziehen, ist nicht der richtige Weg zur nationalen Politik.** Fürwahr, Schule tut hier sehr not! Nicht mit einem bestimmten Kreise der oberen Schichten des Volkes treibt man jetzt nationale Politik, sondern nur mit der breiten Masse aller Werktätigen.

R. Schröder.

Tagung des Deutschvölkischen Arbeiterringes.

Zu einer machtvollen Kundgebung gestaltete sich die Versammlung des Deutschvölkischen Arbeitsringes am 3. und 4. d. M. Zum ersten Male seit seinem Bestehen hatte der Deutschvölkische Arbeitsring seine befreundeten und ihm angeschlossenen Verbände in Berlin zu einer deutschvölkischen

---

den Büchermarkt überschwemmen, aber deren Kern stets derselbe zum Ekeln oft durchgekauter bleibt.

Immer schärfer heben sich vom Hintergrund der neueren Schriftheit zwei Richtungen voneinander ab: Noch beherrscht der durch die fremdrassige Beeinflussung des Umsturzes begünstigte Kreis der Kaiser, Sternfeld usw. das Feld, dessen Ramschsucht sich auf nüchtern-materielle Effekthascherei aufbaut. Unermüdlich sucht er die einmal in seiner Lesewelt geweckte Sucht nach Neuem und wieder „was ganz Neuem" zu befriedigen, und so entstehen Tag für Tag neue Ansätze und Versuche, wir sehen den ganzen reklameunterstützten Schwarm sich unermüdlich auf dramatischem, lyrischem, epischem Gebiet austoben, ohne daß auch nur die Anzeichen einer gesunden vorschreitenden Entwicklung zu erkennen wären. — Doch ganz im stillen wächst ein anderer Kreis deutscher Kernigkeit und Innigkeit, ruhig und ohne Hast treibt er seine Knospen. Martin Otto Johannes aber ist einer der Besten des **eigentlichen und wahren** „Jungen Deutschland".

Bernhard Funck.

Deutscher Volkswart, Monatsschrift, Herausgegeben von Gerhard Krügel. (Verlag Theodor Weicher, Leipzig.)

An Zeitschriften, an brauchbaren selbst, ist kein Mangel. Wenn man eine empfehlen soll, so muß sie gut sein, Standpunkt haben und Sinn, das heißt: einem Bedürfnis entgegenkommen. Der „Deutsche Volkswart" entspricht diesen Anforderungen wie wenige Zeitschriften. Das mir vorliegende Aprilheft birgt Werte auf jeder Seite. **Generalleutnant Keim** spricht in einem Aufsatze „Der deutsche Gott" deutschem Christentum das Wort, dessen Gottesbegriff einfach und stark, volkstümlich gewachsen ist. **Walter Merk** belehrt über germanisches Recht und darüber, wie es durch das römische verdrängt wurde. Er nimmt in seinen wissenschaftlich klaren, und doch gar nicht trockenen Ausführungen Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die Rechtspflege nicht so sehr Verstandsarbeit (Wissen um die zuständigen Paragraphen, die ja an allen Seiten Haken haben) als Gewissens- und Gefühlssache ist, oder vielmehr sein sollte. Daran aber tat er sehr gut; denn man kann unserer Zeit, die noch so tief in der hochnäsigen Ignoranz „wissenschaftlichen" Geistes steckt, nicht eindringlich genug zurufen, daß es noch andere als meß-, wäg-, „handhab"-bare Werte und Wertungen gibt.

Diese von mir oft vertretene Einstellung scheint die Zeitschrift zu teilen; denn auch die folgenden Stücke: Heinrich **Wolf** „**Angewandte Biologie**" und der hervorragende Aufsatz „**Heimat und Aufbau**" von Kreisschulinspektor E. **Hauptmann**, atmen diesen lebendigen Geist, der nicht von der Materie ausgeht und sich mit dem Erforschen des Sachlichen begnügt, der vielmehr — menschlicher, sittlicher Erregung entsprungen — auf das Menschliche und Menschenfördernde aus ist. Wo Wolf ersehnt (denn fordern läßt sich solches nicht), daß unser Volk das „mechanische" Denken überwinde, wo er von der „Volksseele" spricht und davon, daß der soziale Staat nur national sein könne, hat er meinen Beifall. Was er über Schul- und Erziehungsfragen schreibt, erregt im einzelnen meinen Widerspruch; denn durch kastenmäßige Abschnürung in „Bildungs"angelegenheiten wird kein Volkstum gerettet, kann (hier widerspricht sich Wolf innerlich) kein sozialer Staat gedeihen, auch hat kein Volk einen Überschuß an bedeutenden Menschen. Eines freilich ist von Übel, daß man den Durchschnitt, ist er in Schulen mühsam aufgepeppelt, für wesentlich hält. Darin, daß die Erziehung und Bildung der Knaben und Mädchen nicht über einen Leisten geschlagen werden darf, treffen wir uns wieder.

„**Heimat und Aufbau**" von E. **Hauptmann** — ich sagte schon: ein bedeutender Aufsatz. Nicht um wissenschaftliche Heimatforschung — eine Sache der Gelehrten, der Gebildeten noch — geht es hier, sondern darum, daß der Mensch, Landbewohner oder Städter, ein inneres Verhältnis zur Scholle bekommt, zu seinen Vorfahren, zu seinem Volke. Die Wege, die Hauptmann zeigt, sind klar und durchaus gangbar: man führe dem Volk das Volk (nicht nur die großen historischen Persönlichkeiten) in guten und bösen Zeiten vor Augen, an Einzel- und Massenbeispielen, örtlichen und denen des Gaues, beleuchte ihren Opfer-, ihren Gemeinsinn. Schule, Kirche, Vereine, die „Gemeindezeitung" sollten und könnten die Führer sein. —

Zumeist sehr gut ausgewählte Gedichte (freilich nicht durchweg, wie überschrieben, „spezifische Lyrik") und wertvolle kleinere Abhandlungen und Briefe beschließen den Band.

Als Beilage fügt sich die Monatsschrift „Deutsches Schrifttum" von Adolf Bartels an. Hier erübrigt der Name des Herausgebers jede Empfehlung, wir werden demnächst die Neuausgabe seiner Literaturgeschichte zu würdigen haben.

Ich besprach den „Deutschen Volkswart" so eingehend, weil er eine Lücke auszufüllen geeignet erscheint. Bei dem billigen Bezugspreis von jährlich 12 Mark wird er sicherlich in viele deutsche Familien einziehen. Er verdient es

Paul Ludwig Schweiger.

Es werde Licht. Die Wahrheit über die Judenfrage. Von Mongtse. Verlag Deutscher Volksbund, Berlin SW 61

Wem das Für und Wider des Antisemitismus Kopfzerbrechen verursacht, der greife zu diesem Buche. Er findet da, „daß er sich fortan seiner antisemitischen Gesinnung nicht mehr zu schämen braucht, denn er befindet sich in der allerbesten Gesellschaft." Und wer ist diese Gesellschaft? Es sind Geschichtschreiber, Gelehrte, Künstler, Politiker, Fürsten aus den Zeiten **vor** Christi Geburt bis in die neuesten Tage, deren Urteile über die Juden er hier findet. Und zwar, um nur einige zu nennen: Cicero, Mohammed, Mirza Hassan Chan, Luther, Giordano Bruno, Maria Theresia, Voltaire, Herder, Napoleon I., Arndt, Tieck, Liszt, Menzel, Lagarde und zuletzt der frühere japanische Ministerpräsident Okuma. **Keiner**, der die Judenfrage ernst nimmt und sie nicht nachlässig behandeln will, darf an den Worten dieser Großen des Geistes und der Tat achtlos vorübergehen. **Dann** erst mag er sich sein eigenes Urteil bilden. Für denjenigen jedoch, der mitten im Kampfe um unser Volkstum steht, ist diese Sammlung einfach unentbehrlich; die besten Schlagwörter schrumpfen zusammen gegenüber diesen einfachen Sätzen, die aus klarem Verstand und reinem Herzen kommen. Schließlich wird noch der jüdische Einfluß auf verschiedenen Gebieten ausführlich, jedoch leider nicht sehr sachlich behandelt.

Bernhard Funck.

Tagung zusammenberufen. Rund hundert Vorstandsmitglieder und Vertreter hatten sich versammelt, unter ihnen 46 jener Verbände, die dem Arbeiterring ihre Zustimmung erteilt hatten. Unter den Anwesenden befanden sich Theodor Fritsch, Müller von Hausen und andere führende Persönlichkeiten der völkischen Bewegung, während von anderen Begrüßungsschreiben eingegangen waren.

Am 3. Juli abends wurde die Tagung durch ein geselliges Zusammensein eröffnet. Der Obmann des Ringes, Herr von Wangenheim, hielt die Begrüßungsansprache. Ferner sprach Herr Theodor Fritsch über Wirtschaftsfragen und deutsche Aufklärung in den breiten Schichten der Bevölkerung.

Am 4. Juli sprachen Vorsitzender Dr. Scheffer über die Grundlagen deutscher Wirtschaft, Landrichter Jenne über deutsches Recht, Hauptmann a. D. von Mellenthin über deutsches Schulwesen. Im Anschluß daran wurde ein inhaltsreicher Beitrag von Prof. A. Bartels, Weimar, über deutsches Schrifttum verlesen, da er selbst am Erscheinen verhindert war.

Am Nachmittage wurden nach weiteren grundlegenden Vorträgen und Ansprachen die Mittel und Wege zum Erreichen der deutschvölkischen Ziele in programmatischen Richtlinien festgelegt.

Die einmütige und rege Beteiligung der Versammlung an der Aussprache bewies die Notwendigkeit an der Arbeit des Arbeitsrings.

Die Tagung bedeutete einen Schritt vorwärts für die deutschvölkische Bewegung.

Gelegentlich der Tagung wurden folgende drei Preise ausgesetzt: 1. 1000 Mark für die beste Abfassung eines kurzen „Merkbuchs für Auslandsdeutsche", das den ins Ausland gehenden Deutschen beiderlei Geschlechts völkische Ratschläge über ihr Verhalten unter dem Fremdvolke erteilt. 2. 1000 Mark für das beste unveröffentlichte deutschvölkische Lied. 3. 500 Mark für die beste Vertonung obigen Liedes.

An dem Wettbewerb kann sich jeder reinblütige Deutsche beteiligen. Die Entwürfe sind bis zum 15. August d. J. unter Beifügung eines Blutsbekenntnisses des Verfassers mit voller Namenbenennung an die Geschäftsstelle des Deutschvölkischen Arbeitsringes, Berlin N 24, Johannisstraße 20, einzureichen. reichen.

Völkische Arbeit in der Gemeindepolitik

Unter dem Titel: „Betrachtungen und grundsätzliche Forderungen zum Gemeindevoranschlag" hat die Deutsche nationalsozialistische Kreisparteileitung für Südmähren eine wichtige Abhandlung über den Gemeindevoranschlag Znaims herausgegeben, die die finanzielle Gebarung der Znaimer Stadtgemeinde kritisch behandelt und in übersichtlich geordneter Reihenfolge jedermann Einblick in die Behandlung grundlegender Fragen der Gemeindepolitik, wie Gemeindeschuld, öffentliche Arbeiten, Schulfragen usw., gewährt. Die Schrift hat mehr als örtliche Bedeutung, sie ist ein Buch von hervorragendem Werte für jeden Kommunalpolitiker, unerläßlich für den Gemeindebeamten und Bürger. Das Buch ist 36 Seiten stark und kostet 3 Kr. Zu beziehen durch die Deutschen nationalsozialistischen Geschäftsstellen in Aussig, Teplitzer Straße 20, Troppau, Heidrichpark 10, und Znaim, Schlossergasse 1.

Bemerkenswert ist eine Stelle auf Seite 14 des Buches, in der von der „unwürdigen Abhängigkeit der Stadt und indirekt jedes einzelnen Steuerzahlers vom Bankkapital" gesprochen wird. Leider wird sonst weiter zu diesem Gedanken nicht Stellung genommen, obgleich die „Befreiung aus der Zinsknechtschaft" die Hauptaufgabe einer Gemeindeverwaltung sein müßte. (Die Schriftl.)

Kleine Nachrichten.

— Am Donnerstag, den 15. Juli, hält die Akademische Vereinigung im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund in der Max-Emanuel-Brauerei, Adalbertstraße, eine Versammlung ab, in der Herr Dr. Erich Kühn, der Schriftleiter von „Deutschlands Erneuerung", über „Deutschvölkische Ziele" sprechen wird. Alle deutschvölkischen Kommilitonen sind hierzu herzlichst eingeladen.

— Die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" hält am Donnerstag, den 15. Juli, 7½ Uhr abends, im Hofbräuhausfestsaale (Platzl) eine große öffentliche Volksversammlung ab. Es wird Herr Adolf Hitler über die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles sprechen. In den Tagen neuerlicher Schmach und Schande von Spa ist es endlich Pflicht jedes Volksgenossen, sich über Inhalt und Tragweite dieser Verträge volle Klarheit zu schaffen. Hand- und Kopfarbeiter, ohne Rücksicht auf Stand und Beruf, sind zu zahlreichem Erscheinen eingeladen.

Unterm Scheinwerfer.

Levy, das Kind.

Eine Großschwindlerin Lubahn wurde in Berlin zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Ihr „Vertrauter und Prokurist" Siegmund Levy wurde jedoch freigesprochen, weil er, ebenso wie die Geschädigten, die Gaunerin für eine vermögende Dame gehalten haben wollte.

Beinahe hätte man dem lieben, guten, braven, angesehenen, alteingesessenen Levy Unrecht getan. Wie gut, daß er einen tüchtigen Verteidiger fand! So aber erkannte das Gericht: Dies Kind, kein Engel ist so rein!

Der Fußreif oder: die Semiten als Kulturträger.

Im städtischen Ungererbad sah ich neulich an den Knöcheln einer Tochter Israels, die ihren Kriegs- und Revolutionsgewinn am Arm und Hals allein nicht unterbringen konnte, einen goldenen Fußreif. Als ich ihn, der neuen Modeverhältnisse unkundig, neugierig betrachtete, sagte die gleichstämmige Begleiterin der Odaliske dummfrech: „Gelt, das imponiert dir!"

K. Sch.

Drehkünste.

Mit der Spitzmarke „Vom Alldeutschen zum Räterepublikaner" betitelt der „Bayer. Kurier" vom 28. Juni eine Mitteilung über den bekannten Rechtsanwalt Eller in Aibling, der während des Krieges der Vaterlandspartei als führende Persönlichkeit angehörte, dann zu Eisner überging, in dessen Ministerium tätig war, auch bei dem Demonstrationszuge nach dem Tode Eisners eine Rolle spielte, und nun wegen Amtsanmaßung zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist.

Daß der „Bayer. Kurier" einen Anhänger der verlebten Vaterlandspartei im Handumdrehen in einen „schlimmen" Alldeutschen verwandelt, ist das bemerkenswerteste an dieser Notiz und läßt manche Schlüsse ziehen.

Heino.

Entweder — oder!

Mit einem sehr vernünftigen Plan hat sich in Wiesbaden eine Interessengemeinschaft aller Stände und Verbände gebildet, die unter dem Namen „Volkswirtschaftlicher Arbeitsbund" eine führende Arbeitsgenossenschaft aller Schaffenden im Deutschen Reiche sein will. Da sie konfessionelle und politische Betätigung ausschließen will, wird sie wohl oder übel Juden nicht aufnehmen dürfen. Oder sollte der Ausschluß „konfessioneller Betätigung" nur bedeuten, daß die Juden auch dort freie Hand haben werden?

Die Herren Österreichs.

Die „Münchener Zeitung" meldet aus Berlin: „Die österreichischen Banken beabsichtigen, wie aus Wien gemeldet wird, in der Frage der Vorkriegsschuld an Frankreich auf die österreichische Regierung einen starken Druck auszuüben, daß Österreich zur Regelung dieser Fragen ein Pfand stelle. Zu diesem Zwecke sollen österreichische Staatsbahnen an ein französisches Konsortium verpfändet werden."

Die „österreichischen Banken" sind die Judenbanken Anglobank, Wiener Bankverein, Bodenkreditanstalt, Kreditanstalt, Niederösterreichische Eskantegesellschaft, Länderbank, Unionbank, Depositenbank, Merkur, Verkehrsbank. Das Vermögen dieser zehn Banken ist in vier Jahren (1913 bis 1917) von 385 Millionen auf 1611 Millionen Kronen gewachsen.

Der ewige Jude.

Die Geschäftsinhaberin eines Schnittwarengeschäfts des Inntals berichtet:

„Zu Beginn des Krieges kamen auffallenderweise lauter junge jüdische Reisende, während Christen ganz ausblieben. Von jenen war einer besonders zudringlich. Als ich ihm das erstemal nichts abkaufte, meinte er: ‚Na, Sie werden schon noch kaufen bei mir.' Das zweitemal erhielt er wieder keinen Auftrag; da meinte er: ‚Sie kaufen schon noch bei uns, ihr müßt ja verhungern, wenn wir euch nicht unser Getreide geben.' Drei Tage vor dem Revolutionsausbruch war er wieder da und sagte, nachdem er wieder vergebens Waren angeboten hatte: ‚Warum kaufen Sie mir denn nichts ab?' Ich erklärte ihm, daß ich von Juden nichts kaufe. Unsere Brüder und Männer seien im Felde, und die jungen Juden machten Geschäfte, das sei ekelhaft, lieber sperrte ich mein Geschäft. Darauf erwiderte er mir: „Warten Sie nur noch drei Tage, dann passiert etwas, und Sie kaufen künftig gerne von Juden.""

Also auch dieser kleine Reisejude wußte von den Dingen, die gegen Deutschland vorbereitet wurden. Muß angesichts solcher, immer wieder bezeugter Tatsachen die bewußte Schuld des Judenvolkes an Deutschlands Zusammenbruch noch eigens bewiesen werden? Nur daß die Deutschen nach dem Umsturz lieber von Juden kaufen als vorher, das ist nicht eingetreten.

Berichtigung. In dem Gesetzentwurf zur Befreiung Deutschlands von Wucher und Schiebertum müssen in Ziffer 11, Zeile 1–3 lauten:

„Die Wahl geschieht in der Weise, daß in jedem Amtsgerichtssprengel zunächst 100 Vertrauensmänner zu wählen usw.

Die in letzter Nummer angezeigte öffentliche Versammlung im **Hofbräuhaus-Festsaal:**

Gibt es einen Ausweg aus der Steuerqual?

findet bestimmt am Mittwoch, den 14. Juli, abends ½8 Uhr statt.

Deutscher Kampfbund z. Brechung der Zinsknechtschaft.

Schrönghamer-Heimdal

KAPITALISMUS

sein Wesen, seine Wirkung und seine Wandlung zum Wohlstande aller

Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg

Preis M. 1.— und 10% Teuerungszuschlag, bei Mehrbezug billiger

Der seit einigen Jahren immer vordringlicher werdende Ruf nach Brechung der Diktatur des ewigen Juden, des Symbols des Kapitalismus und der Zinsknechtschaft, ertönt hier aufs neue. Schrönghamer-Heimdal ist einer der wohlbekannten Vorkämpfer dieser Befreiungsidee. Aber es gilt noch Hunderttausenden die Augen zu öffnen über die Wurzeln unseres Zeitübels, deren letzte, folgerichtige Konsequenz der Krieg und der drohende Bolschewismus sind.

Einladuug zur Gründungsversammlung des Bundes der Beobachterfreunde

(Freunde des „Völkischen Beobachters")

Am Mittwoch, den 28. Juli 1920, abends 7 Uhr, findet in München die Gründungsversammlung des „Bundes der Beobachterfreunde" statt. Welche Räume dazu gewählt werden, das wird in einer der nächsten Nummern des „Völkischen Beobachters" bekannt gegeben.

Wir laden dazu alle Freunde des „Völkischen Beobachters" ein, jedoch ist **frühzeitige schriftliche Anmeldung** zur Teilnahme unbedingt erforderlich, damit die Vorbereitungen hiernach getroffen und Plätze bereit gestellt werden können.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Warum wir den Bund gründen. / 2. **Genossenschaftl. Zusammenschluß.** / 3. Die Arbeit des Bundes. Berichterstatter: F. X. Eder, Geschäftsführer des „Völk. Beobachters".

4. Was will der „Beobachter"? Berichterstatter: Bernh. Köhler, Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters". / 5. Wahl der Bundesleitung / 6. Beratung der Satzungen.

Diskussionsberechtigt sind alle Teilnehmer, die sich beim Eintritt entsprechend ausgewiesen haben. **Stimmberechtigt sind** allein die bis zur Gründungsversammlung aufgenommenen Mitglieder, wenn sie die Mitgliedkarte (mit Lichtbild) vorweisen. — Eintrittsgeld zur Deckung der Saalkosten 1 Mark für die Person. Die Mitglieder werden gebeten, Freunde des „Völkischen Beobachters" in möglichst großer Zahl mitzubringen. **Alle wahren Freunde des „Völkischen Beobachters" sind uns willkommen** und sollten an der Gründungsversammlung teilnehmen, da besonders der **genossenschaftliche Zusammenschluß,** der wohl die meisten Teilnehmer bestimmt zum Beitritt veranlassen wird, schriftlich nicht behandelt werden kann. — Unserem Bunde ist die Aufgabe zugedacht, Zweck und Ziel der deutschvölkischen Bewegung zu unterstützen, wie sie von vielen Deutschvölkischen schon seit langem erwartet wird. — Parteipolitische oder religiöse Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten werden nicht behandelt, und da wir nichts zu verbergen haben, soll Geheimniskrämerei dem Bunde fernbleiben. — Wer sich über den Zweck des Bundes unterrichten will, verlange von uns gegen Einsendung von 1 M. in Papiergeld oder Marken die vorläufigen Satzungen, Aufnahmegesuch usw., die in großen Zügen darüber Aufschluß geben.

Deutsche Männer, deutsche Frauen, die Ihr Euch unserem Werke widmen wollt, seid herzlich willkommen!

Bund der Beobachterfreunde, Geschäftsstelle München, Thierschstraße 15.

Photo-Apparate Platten, Roll- und Packfilms in allen Größen

Papiere und Postkarten in 100 Blatt-Packungen billigst

Carl Bodensteiner

Tel. 52 448 München II, Karlsplatz 17 Tel. 52 448

Sonnen-Apotheke gegenüber der protestantischen Kirche

Projektions-Serienbilder aus allen Gegenden vom Weltkriege

Ausführung aller photographischen Arbeiten

Neuheit: Platten. Pack mit Tageslicht, Wechselung. Neu eingetroffen: Lumière, Autochrom, Platten f. Dreifarbenaufnahmen.